

283460-2025 - Wettbewerb

Deutschland – Dienstleistungen von Architektur- und Ingenieurbüros sowie planungsbezogene Leistungen – Planung Freianlagen §§ 38 - 40 i. V. m. Anl. 11 HOAI, Verkehrsanlagen §§ 45 - 48 i. V. m. Anl. 13 HOAI, Elektroplanung §§ 53 - 56 i. V. m. Anl. 15 HOAI Beleuchtungsanlage für die Maßnahme "REAKTIVIERUNG BAHNHOFSGEBÄUDE"

OJ S 85/2025 02/05/2025

Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung

Dienstleistungen

1. Beschaffer

1.1. Beschaffer

Offizielle Bezeichnung: Stadtverwaltung Neustadt an der Orla

E-Mail: vergabestelle@neustadtanderorla.de

Rechtsform des Erwerbers: Lokale Gebietskörperschaft

Tätigkeit des öffentlichen Auftraggebers: Allgemeine öffentliche Verwaltung

2. Verfahren

2.1. Verfahren

Titel: Planung Freianlagen §§ 38 - 40 i. V. m. Anl. 11 HOAI, Verkehrsanlagen §§ 45 - 48 i. V. m. Anl. 13 HOAI, Elektroplanung §§ 53 - 56 i. V. m. Anl. 15 HOAI Beleuchtungsanlage für die Maßnahme "REAKTIVIERUNG BAHNHOFSGEBÄUDE"

Beschreibung: Objektbeschreibung: Das denkmalgeschützte Bahnhofsgebäude befindet sich etwa 900 Meter vom Zentrum von Neustadt an der Orla entfernt und liegt im östlichen Teil der Stadt, in einem Mischgebiet. In unmittelbarer Nähe befindet sich der Busbahnhof, welcher zeitgleich für die Landesgartenschau umgestaltet wird. Der Busbahnhof und das Bahnhofsumfeld sollen im Sinne der Verbesserung der Verkehrsstation zu einer zeitgemäßen Nahverkehrsdrehscheibe für Bahn, Bus und Rad neugestaltet werden. In der Triptiser Straße gibt es Geschäfte für den täglichen Bedarf, die gut erreichbar sind. Die Zufahrtsstraße zum Bahnhof ist gepflastert und leicht zu befahren. Die Architektur des Gebäudes ist eindrucksvoll, mit einer zeitlosen Klinkerfassade, alten Geländern und Stufen aus Sandstein im Außenbereich. Im Innenraum gibt es zwei gewundene Holztreppe, die die Aufmerksamkeit auf sich ziehen. Diese architektonischen Details verleihen dem Gebäude einen unverwechselbaren Charme. Durch den Planungsansatz der Landesgartenschau entsteht ein schöner Weg, der vom Stadtpark bis zum Bahnhof führt und weiter bis zum Buteile-Park, der Kernzone der Landesgartenschau 2028 sein wird. Auf diesem Weg können die Besucher die Natur genießen und gleichzeitig die alte Architektur des Bahnhofs bewundern. Es gibt gemütliche Plätze zum Ausruhen entlang des Weges, die von Grünflächen umgeben sind. Dadurch entsteht eine schöne Verbindung zwischen dem Bahnhofsgebäude und den Parkanlagen, die Besucher jeden Alters dazu einlädt, die Gegend zu erkunden. /

Beschreibung der Aufgabe: Im Rahmen der Freianlagenplanung soll das Areal um das denkmalgeschützte Bahnhofsgebäude in Neustadt an der Orla funktional und gestalterisch aufgewertet werden. Ziel ist es, die historische Bedeutung des Bahnhofsgebäudes hervorzuheben, das Gelände ökologisch und nachhaltig zu gestalten und die Nutzungsmöglichkeiten für die Öffentlichkeit zu erweitern. Insbesondere soll der vorhandene Eiskeller als Fledermausquartier erhalten und in die Planung integriert sowie ein Fahrradunterstand mit Fahrradboxen vorgesehen werden. Die Gestaltungsprinzipien

orientieren sich an den Planungen der LAGA für den Stadtpark und den Volkshauspark. Es soll eine einladende, grüne Umgebung entstehen, die sowohl ökologische als auch soziale Aspekte berücksichtigt. Planungsziele: Erhalt und Integration des Eiskellers: - Erhalt des alten Eiskellers als Fledermausquartier. - Schaffung eines geschützten und störungsfreien Zugangs für die Tiere. - Integration des Eiskellers in die Gestaltung des Geländes, z.B. durch informative Beschilderung oder landschaftsarchitektonische Einfassung. 2. Freiraumgestaltung: - Entwicklung einer klaren Wegeführung unter Berücksichtigung barrierefreier Zugänge. - Schaffung von Aufenthaltsbereichen mit Sitzgelegenheiten. - Verwendung passender Materialien für Wege, Plätze und Möblierung in Anlehnung an die LAGA-Planungen. - Integration naturnaher Pflanzungen mit heimischen Gehölzen und Stauden zur Förderung der Artenvielfalt. 3. Integration einer Fahrradbox und von Fahrradstellplätzen und PKW Stellplätzen: - Planung einer funktionalen und optisch ansprechenden Abstellanlage in Bahnhofsnähe. - Abstimmung der Gestaltung mit dem denkmalgeschützten Bahnhofsgebäude. 4. Bezug zu den Planungen der LAGA: - Einbeziehung von Elementen und Ideen aus dem Stadtpark und dem Volkshauspark der LAGA, wie z.B. Wegeführung, Sitzgelegenheiten mit Blickachsen und naturnahe Pflanzkonzepte. - Schaffung von Verbindungen zu bestehenden Grünflächen oder Wegenetzen in der Umgebung. 5. Denkmalschutz und historische Einbindung - Integration historischer Bezüge in die Gestaltung, z.B. durch Informationstafeln oder Gestaltungselemente, die die Geschichte des Bahnhofs hervorheben. / Nachhaltigkeit: Die Stadt Neustadt an der Orla legt Wert auf Nachhaltiges Bauen. Für das Projekt ist eine hohe nachhaltige Qualität ein ausdrückliches Ziel und eine konkrete Anforderung an alle Planenden. Kennung des Verfahrens: d191d600-1cfc-4c50-908b-4d4683ad7a77
Interne Kennung: 2.6150 022 940 701/VgV/01(5)/2025
Verfahrensart: Verhandlungsverfahren mit vorheriger Veröffentlichung eines Aufrufs zum Wettbewerb/Verhandlungsverfahren
Das Verfahren wird beschleunigt: nein

2.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 71240000 Dienstleistungen von Architektur- und Ingenieurbüros sowie planungsbezogene Leistungen

2.1.2. Erfüllungsort

Postanschrift: Bahnhofstraße 3

Stadt: Neustadt an der Orla

Postleitzahl: 07806

Land, Gliederung (NUTS): Saale-Orla-Kreis (DEG0K)

Land: Deutschland

2.1.4. Allgemeine Informationen

Zusätzliche Informationen: EIGNUNG Allgemeines Alle geforderten Erklärungen, Auskünfte, Nachweise u. Informationen sind vom Bewerber auf S. 1 des Bewerbungsbogens als Anlagen (Anl.) zu vermerken u. zusammen mit d. "Bewerbungsbogen und Teilnahmeantrag" als Bewerbungsmappe einzureichen. Soweit die geforderten Erklärungen, Auskünfte, Nachweise u. Informationen durch eine beim Bewerber vorliegende Einheitliche Europäische Eigenerklärung (EEE) nach § 50 VgV abgedeckt sind, ist diese mit den Bewerbungsunterlagen einzueichen, ggf. ergänzt durch geforderte auftragsspezifische Einzelnachweise. Ist der Einsatz v. Unterauftragnehmern/anderen Untern. vorgesehen, müssen die Erklärungen, Auskünfte, Nachweise u. Informationen auch für die benannten Unterauftragnehmer/and. Untern. auf gesondertes Verlangen der Vergabestelle vorgelegt werden, ggf. ergänzt durch

geforderte auftragspezifische Einzelnachweise. Bescheinigungen, die nicht in deutscher Sprache abgefasst sind, ist eine Übersetzung in die deutsche Sprache beizufügen. Bei fehlender Eignung wird der Bewerber ausgeschlossen. / Andere Unternehmen (Eignungsleihe) Beabsichtigt der Bewerber, sich bei der Erfüllung eines Auftrages im Hinblick auf die erforderliche wirtschaftl., finanzielle, techn. u. berufl. Leistungsfähigkeit and. Unternehmen (Eignungsleihe) zu bedienen, so muss er die dafür vorgesehenen Kapazitäten in seinem Antrag benennen. Der Bewerber hat auf gesondertes Verlangen der Vergabestelle zu einem von ihr bestimmten Zeitpunkt nachzuweisen, dass ihm die erforderlichen Kapazitäten der and. Unternehmen zur Verfügung stehen u. diese Unternehmen geeignet sind. Er hat d. Namen, d. gesetzlichen Vertreter sowie d. Kontaktdaten dieser Unternehmen anzugeben u. entsprechende Verpflichtungserklärungen dieser and. Unternehmen vorzulegen. Nimmt der Bewerber im Hinblick auf d. Kriterien für d. wirtschaftl. und finanzielle Leistungsfähigkeit im Rahmen einer Eignungsleihe d. Kapazitäten and. Untern. in Anspruch, müssen diese gemeinsam für d. Auftragsausführung haften; die Haftungserklärung ist gleichzeitig mit d. „Verpflichtungserklärung and. Unternehmen“ abzugeben. / Eignungskriterien im Einzelnen: siehe 5.1.9 ----- Der elektronische Teilnahmeantrag ist zusammen mit d. Anlagen bis zum Ablauf der Teilnahmefrist über d. Vergabepattform zu übermitteln. - MIT dem Teilnahmeantrag vorzulegende Unterlagen: - Bewerbungsbogen / - A 2 "Angaben zur Prüfung" (Allg. Angaben Bewerber, Auskünfte zu wirtschaftl. Verknüpfung/Zusammenarbeit gem. § 73 Abs. 3 VgV i. V. m. §§ 43/47 VgV, Berufshaftpflicht, Erfüllung Abgabenverpflichtungen) - falls zutreffend (falls zutreff.): Anl. Nr. 1 (weitere Büroniederlassungen) - falls zutreff.: Anl. Nr. 2 (Bewerbergemeinschaft) Formblatt (FB) "Erklärung Bieter-/Arbeitsgemeinschaft" verwenden - falls zutreff.: Anl. Nr. 3 (wirtschaftliche Verknüpfung/Zusammenarbeit mit and. Unternehmen) - falls zutreff.: Anl. Nr. 3 (auftragsbezogene Zusammenarbeit mit and. Unternehmen, etc.) FB "Erklärung Bieter-/Arbeitsgemeinschaft" u./o. FB "Verzeichnis der and. Unternehmen (Eignungsleihe)" verwenden - Erklärung u./o. Versicherungsschein zur Berufshaftpflicht-Anl. 4 - Unbedenklichkeitsbescheinigung (UBS) des Finanzamtes (FA) bzw. Bescheinigung in Steuersachen-Anl. 13 - UBS der Krankenkasse (KK)-Anl. 14 alternativ können anstatt der UBS auch entsprechende Bescheinigungen des Steuerberaters/Wirtschaftsprüfers vorgelegt werden - Eigenerklärung Bezug Russland (gem. beigefügtem FB)-Anl. 15 / - A 3 "Eigenerklärung gem. §§ 123/124 GWB + Nachweis Qualifikation Bewerber" - falls zutreff.: nähere Angaben zu §§ 123/124 GWB unter Beachtung v. § 125 GWB als Beiblatt - Nachweis Berufszulassung über berufliche Befähigung als Eintrag in ein Berufsregister (z. B. Thüringer Ingenieurkammer-Bau) als Anl. Nr. 7 a - Nachweis Berufszulassung über berufliche Befähigung als Studiennachweis als Anl. Nr. 7 b - falls zutreff.: nur für Bewerber, deren Herkunftsland außerhalb Deutschlands liegt: Nachweis Berechtigung zur Führung der Berufsbezeichnung nach der Richtlinie 2005/36/EG ist gewährleistet u. im Auftragsfall werden die Vorgaben des Art. 2 BauKaG erfüllt als Anl. Nr. 7 c - falls zutreff.: Nachweis Voraussetzung f. d. genannten Berufsstand für jedes Mitglied der Bewerbergemeinschaft als Anl. Nr. 7 d - falls zutreff.: Nachweis Voraussetzung f. d. genannten Berufsstand für jeden and. Unternehmer, deren Kapazität man sich im Rahmen der Eignungsleihe bedient als Anl. Nr. 7 e - falls zutreff.: nur bei Bewerbern nach §43 Abs.1 VgV – Juristische Personen – Erklärung(en) über d. Namen u. d. berufliche Qualifikation der Personen (Gesellschafter, bevollmächtigte/r Vertreter, der/die verantwortliche/n Projektbearbeiter), die für die Ausführung der betreffenden Dienstleistung verantwortlich sein sollen u. die an die natürlichen Personen gestellten Anforderungen erfüllen als Anl. Nr. 7 f / - "Angaben Bewerber" (Angaben Bewerber zu §§ 45, 46 VgV) - Erklärung /Angabe Gesamtumsatz (brutto) u. Jahresumsatz (brutto) f. entsprechende Dienstleistungen, die mit der ausgeschriebenen Leistung vergleichbar sind (Planung Freianlagen §§ 38-40 i. V. m. Anl. 11 HOAI, Verkehrsanlagen §§45–48 i. V. m. Anl. 13 HOAI, Elektroplan. §§ 53 - 56 i. V. m. Anl. 15 HOAI) in den letzten drei Geschäftsjahren) - Angaben zur beabsichtigten Vergabe

an Dritte (Nachunternehmerleistungen) - falls zutreff.: Anl. Nr. 8 (Unterauftrag-/Nachunternehmerleist.) FB "Nachunternehmerleistungen" verwenden - Angaben zur beabsichtigten Nutzung von Kapazitäten Dritter (Eignungsleihe) - falls zutreff.: Anl. Nr. 9 (Eignungsleihe) FB "Verzeichnis der and. Unternehmen (Eignungsleihe)" verwenden - Erklärung über jährliches Mittel der in d. letzten drei Jahren Beschäftigten sowie über Anzahl Führungskräfte der letzten drei Jahre, jeweils gegliedert nach Berufsgruppen (Ingenieure, Techn. Mitarbeiter, Sonst. Mitarbeiter, Gesamt, davon Führungskräfte) / - "Projektl. Mitarbeiter": - Angaben zu Projektverantwortliche(r) f. d. Vergabeverfahren - Angaben zu Projektleiter(in) - berufl. Werdegang/Referenzen/Nachweis als Anl. Nr.10 (max. 2 Seiten) (Anl. Nr. 10 verwenden) - Angaben zu stellvertr. Projektleiter(in)/maßgebende(r) Mitarbeiter(in) - beruflicher Werdegang/Referenzen/Nachweis als Anl. Nr.10 (max. 2 Seiten) (Anl. Nr. 10 verwenden) - Angaben zu Mitarbeiter(in) am Projekt - beruflicher Werdegang/Referenzen /Nachweis als Anl. Nr.10 (max. 2 Seiten) - Angaben zu weiteren Mitarbeitern nach Projektanforderung gem. den Angaben in Anl. 10 / - "Projektbezei. Teilnahmeantrag": (Referenzen, deren Eigenschaften durch den Gegenstand der ausgelobten Dienstleistung gerechtfertigt sind) - Angaben Projektbezeichnung und Nachweis jeweils als Anl. Nr. 12.1, Anl. Nr. 12.2, Anl. Nr. 12.n (für die Angaben zu den gewählten Referenzen sind die Formblätter gemäß Anl. 12.1–12.n zu verwenden) - je Referenz sind maximal 3 zusätzl. DIN A4 Seiten mit weiteren Projektangaben (z.B. textl. Beschreibung, Planausschnitte, Fotodokumentation) hinter dem jeweiligen Formblatt beizufügen / - "Anlage 11" (Angaben zu den Mindestinhalten vorzulegender Referenzen) - Angaben dazu, wodurch die v. d. Vergabestelle geforderten Referenzeigenschaften im geforderten Umfang erfüllt werden (durch Referenz 1, 2, 3, n) / Bezüglich Pkt. 2.1.6 (Ausschlussgründe) wird außerdem auf die Möglichkeit der Selbstreinigung (§ 125 GWB) verwiesen. Insoweit wären Angaben zum Datum d. Verurteilung, Art der Straftat u. selbstreinigende Maßnahmen als Anl. beizufügen. ----- Erst AUF GESONDERTES VERLANGEN während des Teilnahmewettbewerbs vorzulegende Unterlagen - falls zutreff.: Benennung Nachunternehmer (NU) sowie Nachweis ihrer Eignung (Berufszulassung/berufl. Befähigung) - falls zutreff.: nur für Nachunternehmer, deren Herkunftsland außerhalb Deutschlands liegt: Berechtigung z. Führung der Berufsbezeichnung nach d. Richtlinie 2005/36/EG ist gewährleistet u. im Auftragsfall werden die Vorgaben des Art. 2 BauKaG erfüllt, UBS FA, UBS KK - alternativ Bescheinigung Steuerberater /Wirtschaftsprüfer -, Eigenerklärung Bezug Russland) - falls zutreff.: FB "Verpflichtungserklärung Nach-/Unterauftragnehmer" - falls zutreff.: Benennung Eignungsverleiher sowie Nachweis ihrer Eignung (siehe Klammerinhalt zu NU) - falls zutreff.: FB "Verpflichtungserklärung Eignungsleihe" ----- weitere Anl./Unterlagen, die im Wettbewerb zu beachten sind - Allg. Verfahrenshinweise - Teilnahmebedingungen - Datenschutz - Anl. D1-D9 ----- weitere Anl./Unterlagen, die im späteren Verhandlungsverfahren vorzulegen sind - Eigenerklärung § 8 Abs. 1 S. 1 ThürVgG ----- WEITERE HINWEISE / Die Planungsleistungen f. d. Gesamtmaßnahme "REAKTIVIERUNG BAHNHOFSGEBÄUDE" wurden/werden in mehreren Losen (Techn. Ausrüstung ELT, Tragwerksplanung, usw.) ausgeschrieben. Die Vergabe der Planungsleistungen in DIESEM Verfahren (2.6150 022 940 701/VgV/01(5)/2025) erfolgt nur als Gesamtvergabe aller Lose zusammen, d. h. es sind unbedingt alle Lose - Los 1: Planung Freianlagen §§ 38–40 i. V. mit Anl. 11 HOAI - Los 2: Planung Verkehrsanlagen §§ 45–48 i. V. mit Anl. 13 HOAI - Los 3: Elektroplanung §§ 53- 56 i. V. m. Anl. 15 HOAI Beleuchtungsanlage zusammen anzubieten (Anträge/Angebote sind möglich nur für ALLE Lose 1 bis 3.) / Mehrere Hauptangebote sind nicht zugelassen. / Vorbehalt gem. § 17 Abs.11 VgV: Der Auftraggeber behält es sich vor, im späteren Verhandlungsverfahren d. Zuschlag auch ohne Verhandlungen zu erteilen. / Beim Eintritt in d. Verhandlungsphase ist d. Teilnahme am/an Verhandlungsgespräch(en) Voraussetzung f. d. weitere Teilnahme am Vergabeverfahren insgesamt. / Die Unterlagen z. Teilnahmewettbewerb

/Vergabeunterlagen werden ausschließlich elektronisch zur Verfügung gestellt. / zu Punkt 5.1.9 (Informationen über die zweite Phase eines zweiphasigen Verfahrens): Die Angaben zu Mindest- und/oder ggf. Höchstzahl erfolgen gem. Art. 65 Abs. 2 der Richtlinie 2014/24/EU des Europ. Parlaments. Es gelten die dort genannten Regelungen. / Bindefrist: 21.11.2025

Rechtsgrundlage:

Richtlinie 2014/24/EU

vgv -

2.1.6. Ausschlussgründe

Quellen der Ausschlussgründe: Bekanntmachung

Korruption: § 299 des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung im geschäftlichen Verkehr) § 108e des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung von Mandatsträgern) §§ 333 und 334 des Strafgesetzbuchs (Vorteilsgewährung und Bestechung), jeweils auch in Verbindung mit § 335a des Strafgesetzbuchs (Ausländische und internationale Bedienstete) auch in Verbindung mit Artikel 2 des EU-Bestechungsgesetzes, Artikel 2 § 1 des Gesetzes zur Bekämpfung internationaler Bestechung, Artikel 7 Absatz 2 Nummer 10 des Vierten Strafrechtsänderungsgesetzes und § 2 des Gesetzes über das Ruhen der Verfolgungsverjährung und die Gleichstellung der Richter und Bediensteten des Internationalen Strafgerichtshofes, Artikel 2 § 2 des Gesetzes zur Bekämpfung internationaler Bestechung (Bestechung ausländischer Abgeordneter im Zusammenhang mit internationalem Geschäftsverkehr)

Betrug: § 263 StGB (Betrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der EG oder gegen Haushalte richtet, die von der EG oder in ihrem Auftrag verwaltet werden, § 264 StGB (Subventionsbetrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der EG oder gegen Haushalte richtet, die von der EG oder in ihrem Auftrag verwaltet werden

Beteiligung an einer kriminellen Vereinigung: § 129 des Strafgesetzbuches (StGB) (Bildung krimineller Vereinigungen), § 129a StGB (Bildung terroristischer Vereinigungen), § 129b StGB (kriminelle und terroristische Vereinigungen im Ausland)

Geldwäsche oder Terrorismusfinanzierung: § 261 StGB (Geldwäsche) § 89c des Strafgesetzbuchs (Terrorismusfinanzierung) oder Teilnahme an einer solchen Tat oder Bereitstellung oder Sammlung finanzieller Mittel in Kenntnis dessen, dass diese finanziellen Mittel ganz oder teilweise dazu verwendet werden oder verwendet werden sollen, eine Tat nach § 89a Absatz 2 Nummer 2 des Strafgesetzbuchs zu begehen

Verstoß gegen die Verpflichtung zur Entrichtung von Steuern: Ausschluss, wenn 1. das Unternehmen seinen Verpflichtungen zur Zahlung von Steuern, Abgaben oder Beiträgen zur Sozialversicherung nicht nachgekommen ist und dies durch eine rechtskräftige Gerichts- oder bestandskräftige Verwaltungsentscheidung festgestellt wurde oder 2. die öffentlichen Auftraggeber auf sonstige geeignete Weise die Verletzung einer Verpflichtung nach Nummer 1 nachweisen können. Kein Ausschluss, wenn das Unternehmen seinen Verpflichtungen dadurch nachgekommen ist, dass es die Zahlung vorgenommen oder sich zur Zahlung der Steuern, Abgaben und Beiträge zur Sozialversicherung einschließlich Zinsen, Säumnis- und Strafzuschlägen verpflichtet hat.

Kinderarbeit und andere Formen des Menschenhandels: §§ 232, 232a Absatz 1 bis 5, den §§ 232b bis 233a des Strafgesetzbuches (Menschenhandel, Zwangsprostitution, Zwangsarbeit, Ausbeutung der Arbeitskraft, Ausbeutung unter Ausnutzung einer Freiheitsberaubung)

Verstoß gegen die Verpflichtung zur Entrichtung von Sozialversicherungsbeiträgen:

Ausschluss, wenn 1. das Unternehmen seinen Verpflichtungen zur Zahlung von Steuern, Abgaben oder Beiträgen zur Sozialversicherung nicht nachgekommen ist und dies durch eine rechtskräftige Gerichts- oder bestandskräftige Verwaltungsentscheidung festgestellt wurde oder 2. die öffentlichen Auftraggeber auf sonstige geeignete Weise die Verletzung einer

Verpflichtung nach Nummer 1 nachweisen können. Kein Ausschluss, wenn das Unternehmen seinen Verpflichtungen dadurch nachgekommen ist, dass es die Zahlung vorgenommen oder sich zur Zahlung der Steuern, Abgaben und Beiträge zur Sozialversicherung einschließlich Zinsen, Säumnis- und Strafzuschlägen verpflichtet hat.

Terroristische Straftaten oder Straftaten im Zusammenhang mit terroristischen Aktivitäten: § 129a des Strafgesetzbuchs (Bildung terroristischer Vereinigungen) oder § 129b des Strafgesetzbuchs (Kriminelle und terroristische Vereinigungen im Ausland)

Einstellung der gewerblichen Tätigkeit: Fakultativer Ausschlussgrund gem. § 124 GWB, wenn das Unternehmen seine Tätigkeit eingestellt hat

Verwaltung der Vermögenswerte durch einen Insolvenzverwalter: Fakultativer Ausschlussgrund gem. § 124 GWB, wenn über das Vermögen des Unternehmens ein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares Verfahren beantragt oder eröffnet worden ist, die Eröffnung eines solchen Verfahrens mangels Masse abgelehnt worden ist, sich das Unternehmen im Verfahren der Liquidation befindet

Interessenkonflikt aufgrund seiner Teilnahme an dem Vergabeverfahren: Fakultativer Ausschlussgrund gem. § 124 GWB, wenn ein Interessenkonflikt bei der Durchführung des Vergabeverfahrens besteht, der die Unparteilichkeit und Unabhängigkeit einer für den öffentlichen Auftraggeber tätigen Person bei der Durchführung des Vergabeverfahrens beeinträchtigen könnte und der durch andere, weniger einschneidende Maßnahmen nicht wirksam beseitigt werden kann / Es ist gemäß Artikel 5k der Verordnung (EU) 2022/576 verboten, öffentliche Aufträge oder Konzessionen an folgende Personen, Organisationen oder Einrichtungen zu vergeben bzw. Verträge mit solchen Personen, Organisationen oder Einrichtungen weiterhin zu erfüllen: a) russische Staatsangehörige oder in Russland niedergelassene natürliche oder juristische Personen, Organisationen oder Einrichtungen, b) juristische Personen, Organisationen oder Einrichtungen, deren Anteile zu über 50 % unmittelbar oder mittelbar von einer der unter Buchstabe a genannten Organisationen gehalten werden, oder c) natürliche oder juristische Personen, Organisationen oder Einrichtungen, die im Namen oder auf Anweisung einer der unter Buchstabe a oder b genannten Organisationen handeln, auch solche, auf die mehr als 10 % des Auftragswerts entfällt, Unterauftragnehmer, Lieferanten oder Unternehmen, deren Kapazitäten im Sinne der Richtlinien über die öffentliche Auftragsvergabe in Anspruch genommen werden.

Vorzeitige Beendigung, Schadensersatz oder andere vergleichbare Sanktionen: Fakultativer Ausschlussgrund gem. § 124 GWB, wenn das Unternehmen eine wesentliche Anforderung bei der Ausführung eines früheren öffentlichen Auftrags oder Konzessionsvertrags erheblich oder fortdauernd mangelhaft erfüllt hat und dies zu einer vorzeitigen Beendigung, zu Schadensersatz oder zu einer vergleichbaren Rechtsfolge geführt hat

Täuschung, Zurückhaltung von Informationen, Unfähigkeit zur Vorlage erforderlicher Unterlagen oder Erlangung vertraulicher Informationen zu dem Verfahren: Fakultativer Ausschlussgrund gem. § 124 GWB, wenn das Unternehmen in Bezug auf Ausschlussgründe oder Eignungskriterien eine schwerwiegende Täuschung begangen oder Auskünfte zurückgehalten hat oder nicht in der Lage ist, die erforderlichen Nachweise zu übermitteln, oder das Unternehmen a) versucht hat, die Entscheidungsfindung des öffentlichen Auftraggebers in unzulässiger Weise zu beeinflussen, b) versucht hat, vertrauliche Informationen zu erhalten, durch die es unzulässige Vorteile beim Vergabeverfahren erlangen könnte, oder c) fahrlässig oder vorsätzlich irreführende Informationen übermittelt hat, die die Vergabeentscheidung des öffentlichen Auftraggebers erheblich beeinflussen könnten, oder versucht hat, solche Informationen zu übermitteln.

Schwerwiegendes berufliches Fehlverhalten: Fakultativer Ausschlussgrund gem. § 124 GWB, wenn das Unternehmen im Rahmen der beruflichen Tätigkeit nachweislich eine schwere Verfehlung begangen hat, durch die die Integrität des Unternehmens infrage gestellt wird

Verstoß gegen arbeitsrechtliche Verpflichtungen: Fakultativer Ausschlussgrund gem. § 124 GWB, wenn das Unternehmen bei der Ausführung öffentlicher Aufträge nachweislich gegen geltende arbeitsrechtliche Verpflichtungen verstoßen hat

Verstoß gegen sozialrechtliche Verpflichtungen: Fakultativer Ausschlussgrund gem. § 124 GWB, wenn das Unternehmen bei der Ausführung öffentlicher Aufträge nachweislich gegen geltende sozialrechtliche Verpflichtungen verstoßen hat

Verstoß gegen umweltrechtliche Verpflichtungen: Fakultativer Ausschlussgrund gem. § 124 GWB, wenn das Unternehmen bei der Ausführung öffentlicher Aufträge nachweislich gegen geltende umweltrechtliche Verpflichtungen verstoßen hat

Zahlungsunfähigkeit: Fakultativer Ausschlussgrund gem. § 124 GWB, wenn das Unternehmen zahlungsunfähig ist

Vereinbarungen mit anderen Wirtschaftsteilnehmern zur Verzerrung des Wettbewerbs: § 1 GWB: Vereinbarungen zwischen Unternehmen, Beschlüsse von Unternehmensvereinigungen und aufeinander abgestimmte Verhaltensweisen, die eine Verhinderung, Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs bezwecken oder bewirken, sind verboten

Direkte oder indirekte Beteiligung an der Vorbereitung des Vergabeverfahrens: Fakultativer Ausschlussgrund gem. § 124 GWB, wenn eine Wettbewerbsverzerrung daraus resultiert, dass das Unternehmen bereits in die Vorbereitung des Vergabeverfahrens einbezogen war, und diese Wettbewerbsverzerrung nicht durch andere, weniger einschneidende Maßnahmen beseitigt werden kann

5. Los

5.1. Los: LOT-0001

Titel: Planung Freianlagen §§ 38 - 40 i. V. m. Anl. 11 HOAI, Verkehrsanlagen §§ 45 - 48 i. V. m. Anl. 13 HOAI, Elektroplanung §§ 53 - 56 i. V. m. Anl. 15 HOAI Beleuchtungsanlage für die Maßnahme "REAKTIVIERUNG BAHNHOFSGEBÄUDE"

Beschreibung: Objektbeschreibung: Das denkmalgeschützte Bahnhofsgebäude befindet sich etwa 900 Meter vom Zentrum von Neustadt an der Orla entfernt und liegt im östlichen Teil der Stadt, in einem Mischgebiet. In unmittelbarer Nähe befindet sich der Busbahnhof, welcher zeitgleich für die Landesgartenschau umgestaltet wird. Der Busbahnhof und das Bahnhofs Umfeld sollen im Sinne der Verbesserung der Verkehrsstation zu einer zeitgemäßen Nahverkehrsdrehscheibe für Bahn, Bus und Rad neugestaltet werden. In der Triptiser Straße gibt es Geschäfte für den täglichen Bedarf, die gut erreichbar sind. Die Zufahrtsstraße zum Bahnhof ist gepflastert und leicht zu befahren. Die Architektur des Gebäudes ist eindrucksvoll, mit einer zeitlosen Klinkerfassade, alten Geländern und Stufen aus Sandstein im Außenbereich. Im Innenraum gibt es zwei gewundene Holztreppe, die die Aufmerksamkeit auf sich ziehen. Diese architektonischen Details verleihen dem Gebäude einen unverwechselbaren Charme. Durch den Planungsansatz der Landesgartenschau entsteht ein schöner Weg, der vom Stadtpark bis zum Bahnhof führt und weiter bis zum Buteile-Park, der Kernzone der Landesgartenschau 2028 sein wird. Auf diesem Weg können die Besucher die Natur genießen und gleichzeitig die alte Architektur des Bahnhofs bewundern. Es gibt gemütliche Plätze zum Ausruhen entlang des Weges, die von Grünflächen umgeben sind. Dadurch entsteht eine schöne Verbindung zwischen dem Bahnhofsgebäude und den Parkanlagen, die Besucher jeden Alters dazu einlädt, die Gegend zu erkunden. / Beschreibung der Aufgabe: Im Rahmen der Freianlagenplanung soll das Areal um das denkmalgeschützte Bahnhofsgebäude in Neustadt an der Orla funktional und gestalterisch aufgewertet werden. Ziel ist es, die historische Bedeutung des Bahnhofsgebäudes hervorzuheben, das Gelände ökologisch und nachhaltig zu gestalten und die Nutzungsmöglichkeiten für die Öffentlichkeit zu erweitern. Insbesondere soll der vorhandene

Eiskeller als Fledermausquartier erhalten und in die Planung integriert sowie ein Fahrradunterstand mit Fahrradboxen vorgesehen werden. Die Gestaltungsprinzipien orientieren sich an den Planungen der LAGA für den Stadtpark und den Volkshauspark. Es soll eine einladende, grüne Umgebung entstehen, die sowohl ökologische als auch soziale Aspekte berücksichtigt. Planungsziele: Erhalt und Integration des Eiskellers: - Erhalt des alten Eiskellers als Fledermausquartier. - Schaffung eines geschützten und störungsfreien Zugangs für die Tiere. - Integration des Eiskellers in die Gestaltung des Geländes, z.B. durch informative Beschilderung oder landschaftsarchitektonische Einfassung. 2. Freiraumgestaltung: - Entwicklung einer klaren Wegführung unter Berücksichtigung barrierefreier Zugänge. - Schaffung von Aufenthaltsbereichen mit Sitzgelegenheiten. - Verwendung passender Materialien für Wege, Plätze und Möblierung in Anlehnung an die LAGA-Planungen. - Integration naturnaher Pflanzungen mit heimischen Gehölzen und Stauden zur Förderung der Artenvielfalt. 3. Integration einer Fahrradbox und von Fahrradstellplätzen und PKW Stellplätzen: - Planung einer funktionalen und optisch ansprechenden Abstellanlage in Bahnhofsnähe. - Abstimmung der Gestaltung mit dem denkmalgeschützten Bahnhofsgebäude. 4. Bezug zu den Planungen der LAGA: - Einbeziehung von Elementen und Ideen aus dem Stadtpark und dem Volkshauspark der LAGA, wie z.B. Wegführung, Sitzgelegenheiten mit Blickachsen und naturnahe Pflanzkonzepte. - Schaffung von Verbindungen zu bestehenden Grünflächen oder Wegenetzen in der Umgebung. 5. Denkmalschutz und historische Einbindung - Integration historischer Bezüge in die Gestaltung, z.B. durch Informationstafeln oder Gestaltungselemente, die die Geschichte des Bahnhofs hervorheben. / Nachhaltigkeit: Die Stadt Neustadt an der Orla legt Wert auf Nachhaltiges Bauen. Für das Projekt ist eine hohe nachhaltige Qualität ein ausdrückliches Ziel und eine konkrete Anforderung an alle Planenden. Interne Kennung: 2.6150 022 940 701/VgV/01(5)/2025

5.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 71240000 Dienstleistungen von Architektur- und Ingenieurbüros sowie planungsbezogene Leistungen

Menge: 0

5.1.2. Erfüllungsort

Postanschrift: Bahnhofstraße 3

Stadt: Neustadt an der Orla

Postleitzahl: 07806

Land, Gliederung (NUTS): Saale-Orla-Kreis (DEG0K)

Land: Deutschland

5.1.3. Geschätzte Dauer

Datum des Beginns: 07/10/2025

Enddatum der Laufzeit: 31/01/2028

5.1.6. Allgemeine Informationen

Vorbehaltene Teilnahme:

Teilnahme ist nicht vorbehalten.

Die Namen und beruflichen Qualifikationen des zur Auftragsausführung eingesetzten Personals sind anzugeben: Erforderlich für den Teilnahmeantrag

Auftragsvergabeprojekt nicht aus EU-Mitteln finanziert

Die Beschaffung fällt unter das Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen: ja

Diese Auftragsvergabe ist auch für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) geeignet: ja

Zusätzliche Informationen: #Besonders auch geeignet für:other-sme# Geeignet für selbstständige Architekten und/oder selbstständige Ingenieure.

5.1.7. Strategische Auftragsvergabe

Ziel der strategischen Auftragsvergabe: Keine strategische Beschaffung

5.1.9. Eignungskriterien

Quellen der Auswahlkriterien: Bekanntmachung

Kriterium: Eintragung in ein relevantes Berufsregister

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Eignung zur Berufsausübung - Fachkunde und Berechtigung - Befähigung und Erlaubnis zur Berufsausübung: - Teilnahmeberechtigt sind Architekten und Ingenieure für die Planung von Freianlagen §§ 38 – 40 i. V. m. Anlage 11 HOAI, Verkehrsanlagen §§ 45–48 i. V. m. Anlage 13 HOAI, Elektroanlagenplanung §§ 53 - 56 i. V. m. Anlage 15 HOAI mit der entsprechenden Berechtigung/Berufszulassung über berufliche Befähigung. - Nachweis Berufszulassung über berufliche Befähigung als Eintrag in ein Berufsregister (z. B. Thüringer Ingenieurkammer-Bau) als Anlage Nr. 7 a - Nachweis Berufszulassung über berufliche Befähigung als Studiennachweis als Anlage Nr. 7 b - falls zutreffend: nur für Bewerber, deren Herkunftsland außerhalb Deutschlands liegt: Nachweis Berechtigung zur Führung der Berufsbezeichnung nach der Richtlinie 2005/36/EG ist gewährleistet und im Auftragsfall werden die Vorgaben des Art. 2 BauKaG erfüllt als Anlage Nr. 7 c - falls zutreffend: Nachweis Voraussetzung für den genannten Berufsstand für jedes Mitglied der Bewerbergemeinschaft als Anlage Nr. 7 d - falls zutreffend: Nachweis Voraussetzung für den genannten Berufsstand für jeden anderen Unternehmer, deren Kapazität man sich im Rahmen der Eignungslleihe bedient als Anlage Nr. 7 e - falls zutreffend: nur bei Bewerbern nach §43 Abs.1 VgV – Juristische Personen – Erklärung/Erklärungen über die Namen und die berufliche Qualifikation der Personen (Gesellschafter, bevollmächtigte/r Vertreter, der/die verantwortliche/n Projektbearbeiter), die für die Ausführung der betreffenden Dienstleistung verantwortlich sein sollen und die an die natürlichen Personen gestellten Anforderung erfüllen als Anlage Nr. 7 f --- Arbeits- und Bewerbergemeinschaften Bei Anträgen von Bewerbergemeinschaften, die sich im Auftragsfall zu Arbeitsgemeinschaften zusammenschließen wollen, sind im Antrag die Mitglieder der Gemeinschaft und die federführende Firma zu benennen. Mit dem Antrag ist eine von allen Gemeinschaftsmitgliedern unterschriebene Erklärung abzugeben, dass die federführende Firma als bevollmächtigter Vertreter die im Verzeichnis aufgeführten Gemeinschaftsmitglieder gegenüber dem Auftraggeber vertritt und insbesondere berechtigt ist, mit Wirkung für jedes Mitglied ohne Einschränkungen Zahlungen anzunehmen sowie dass jedes Gemeinschaftsmitglied für die vertragsmäßige Ausführung der Leistung als Gesamtschuldner haftet. Alle Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft sind verpflichtet, die geforderten Kenntnisse und Anwendungserfahrungen zu erbringen.

Kriterium: Referenzen zu bestimmten Dienstleistungen

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Technische und berufliche Leistungsfähigkeit -

Nachweis von Referenzen: - Zum Nachweis der fachlichen Eignung des Bewerbers wird die Vorlage von Referenzen gefordert, deren Eigenschaft durch den Gegenstand der ausgelobten Dienstleistung - Planung von Freianlagen §§ 38 – 40 i. V. m. Anlage 11 HOAI, Verkehrsanlagen §§ 45 - 48 i. V. m. Anlage 13 HOAI, Elektroplanung §§ 53 - 56 i. V. m. Anlage 15 HOAI Beleuchtungsanlage - gerechtfertigt sind (§ 46 Abs. 3 VgV). /

Referenzeigenschaften: - Grundlegende Referenzeigenschaften: 1. Anrechenbare Kosten: mindestens 800.000,00 € (KG 500 / KG 300) 2. Techn. Anforderungen (Honorarzone): I - III 3. Erbrachte Grundleistungen nach §§ 38 - 40 HOAI: Lph. 2 - 8 - ggf. Besondere und/oder

tiefere Referenzeigenschaften: 4. Erbrachte Besondere Leistungen nach Anlage 11 HOAI: Mitwirken bei der öffentlichen Erschließung; Bestandsaufnahme und Vermessung 5. Tiefere Referenzeigenschaften: Besondere Art der Nutzung (Fahrradstellplätze; Freianlagen angrenzend an Bahngelände); Ergänzende Anforderungen (Barrierefreiheit und Inklusion; Pflegeleichtigkeit (robuste Pflanzen und Materialien)); Spezielle Anforderungen (Topografie (Planung an Hanglagen); Mehrzwecknutzung (Kombination Parkanlage und Hochwasserschutz (Retention)) / Die Referenzeigenschaften nach Ziff. 1 bis 3 müssen als Nachweis der Kompetenz für die ausgelobte Dienstleistung in mindestens einer Referenz erfüllt werden. / Gegebenenfalls weitere gewünschte Referenzeigenschaften (Ziff. 4 und 5) sind zusammen mit der Referenz zum Nachweis der Kompetenz oder ggf. mit zusätzlichen Referenzen (gem. Anlage 12.1 bis 12.n) nachzuweisen. / Das Referenzprojekt darf nicht älter als 5 Jahre sein. Stichtag für die Anerkennung der Referenz: 31.03.2020 / Es sind mindestens 3 Referenzprojekte beizufügen, die den o. g. Vorgaben entsprechen. / Die Referenzprojekte sind auf der entsprechenden Anlage 12.1 bis 12.n zu charakterisieren: - Projektbezeichnung - Kurzbeschreibung des Referenzprojekts mit wesentlichen Merkmalen - Auftraggeber (mit Angabe der Kontaktdaten des Ansprechpartners) - Planungszeitraum - Erbrachte Leistungsphasen nach HOAI - Anrechenbare Kosten (DIN 276-1, 2008-12) gem. Vertrag netto (Kostengruppe 500/300) oder Nettobetrag des Honorars EUR - Honorarzone nach HOAI (Erbrachte Besondere Leistungen nach Anlage 11 HOAI, Erbrachte weitere zusätzliche Leistungen) / Je Referenz sind maximal 3 zusätzliche DIN A4-Seiten mit weiteren Projektangaben (z. B. textl. Beschreibung, Planausschnitte, Fotodokumentation) hinter dem jeweiligen Formblatt beizufügen.

Kriterium: Andere wirtschaftliche oder finanzielle Anforderungen

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit: - 1. Gesamtumsatz des Bewerbers Angaben/Erklärung über den Gesamtumsatz des Bewerbers brutto in den letzten drei Geschäftsjahren - 2. Jahresumsatz des Bewerbers bezogen auf Leistungen, die mit der ausgeschriebenen Dienstleistung vergleichbar sind Angaben/Erklärung über den Jahresumsatz des Bewerbers brutto in den letzten drei Geschäftsjahren für entsprechende Dienstleistungen, die mit der ausgeschriebenen Leistung (Planung von Freianlagen §§ 38 – 40 i. V. m. Anlage 11 HOAI, Verkehrsanlagen §§ 45 - 48 i. V. m. Anlage 13 HOAI, Elektroplanung §§ 53 - 56 i. V. m. Anlage 15 HOAI Beleuchtungsanlage) vergleichbar sind. - 3. Anzahl der Beschäftigten für entsprechende Leistungen (Personalbedarf) in den letzten 3 Jahren Erklärung zur Anzahl der Beschäftigten für entsprechende Leistungen (Personalbedarf) in den letzten 3 Jahren ----- Berufs- bzw. Betriebshaftpflichtversicherung i. H. v. mind. 1,5 Mio. Euro für Personenschäden und mind. 500.000,00 Euro für sonstige Schäden, zweifache Maximierung im Schadenfall - Werden die Deckungssummen für Personenschäden und sonstige Schäden und die geforderte Maximierung nicht erreicht, so ist eine Erklärung des Versicherers beizufügen, dass die Deckungssummen/die Maximierung im Auftragsfall angepasst werden oder im Auftragsfall eine projekt-/objektbezogene Versicherung abgeschlossen wird. - Kopie Versicherungsschein oder Erklärung über eine bestehende Berufshaftpflichtversicherung entsprechend den Forderungen der Auftragsbekanntmachung bei einem in der EU zugelassenen Versicherungsunternehmen - Bei Bewerber-/Bietergemeinschaft ist der Nachweis von jedem Mitglied der Bewerber-/Bietergemeinschaft zu erbringen. ----- Nachweis stete Erfüllung steuerliche und sozialversicherungsrechtliche Abgabenverpflichtungen - Unbedenklichkeitsbescheinigung (UBS) des Finanzamtes bzw. Bescheinigung in Steuersachen (Nachweis Erfüllung steuerliche Verpflichtungen) - Unbedenklichkeitsbescheinigung (UBS) der Krankenkasse(n) (Nachweis Erfüllung Abgabe Sozialversicherungsbeiträge) alternativ können anstatt der UBS auch entsprechende

Bescheinigungen des Steuerberaters/Wirtschaftsprüfers vorgelegt werden -----
Eigenerklärung Bezug Russland Entsprechend der Verordnung (EU) 2022/576 dürfen öffentliche Aufträge und Konzessionen nach dem 9. April 2022 nicht an Personen oder Unternehmen vergeben werden, die einen Bezug zu Russland im Sinne der Vorschrift aufweisen. Dies umfasst sowohl unmittelbar als Bewerber, Bieter oder Auftragnehmer auftretende Personen oder Unternehmen als auch mittelbar, mit mehr als zehn Prozent, gemessen am Auftragswert, beteiligte Unterauftragnehmer, Lieferanten oder Eignungsverleiher.

Kriterium: Andere wirtschaftliche oder finanzielle Anforderungen

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Ausschlussgründe: - Angaben zu strafrechtlichen Verurteilungen gem. § 123 GWB Angaben zu Insolvenz, Interessenkonflikten oder beruflichem Fehlverhalten gem. § 124 GWB Angaben zu evtl. Selbstreinigung nach § 125 GWB (Datum der Verurteilung, Art der Straftat und selbstreinigende Maßnahmen)

Kriterium: Techniker oder technische Stellen zur Durchführung der Arbeiten

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Technische und berufliche Leistungsfähigkeit: - 1. Angaben über das für dieses Projekt vorgesehene Personal (Projektteam) Projektleiter, stellv. Projektleiter und Mitarbeiter am Projekt - Berufliche Qualifikation Projektleiter, stellv. Projektleiter und Mitarbeiter am Projekt müssen dabei im Bewerbungsbogen namentlich benannt und ihre berufliche Qualifikation (Jahre im Beruf, vergleichbare Referenzen) muss aus den Anlagen ersichtlich sein. Der Auftraggeber bewertet dabei die berufliche Qualifikation des für dieses Projekt vorgesehenen Personals durch die für den Projektleiter/die Projektleiterin, den Stellvertreter des Projektleiters/der Projektleiterin und der Mitarbeiter am Projekt angegebenen Berufserfahrung (Jahre im Beruf) und der beschriebenen Referenzen quantitativ, das heißt der Anzahl nach. Dabei werden nur vergleichbare Referenzen herangezogen. Die Vergleichbarkeit orientiert sich dabei an den ingenieurmäßigen Anforderungen der ausgelobten Dienstleistung. Nachweis der fachlichen Eignung in Bezug auf die geforderte Dienstleistung durch Angabe von Referenzprojekten, die in den letzten 5 Jahren vom Bewerber bzw. dessen Büro/der Bergergemeinschaft erbracht wurden und die mit der zu vergebenden Dienstleistung in Aufgabenstellung, Umfang und ingenieurmäßigem Anspruch vergleichbar sind. ----- 2. Nachweis der fachlichen Eignung in Bezug auf die geforderte Aufgabe - Referenzen des Bewerbers für vergleichbare Dienstleistungen, die mit der zu vergebenden Dienstleistung in Aufgabenstellung, Umfang und ingenieurmäßigem Anspruch vergleichbar sind Zum Nachweis der fachlichen Eignung des Bewerbers wird von der Vergabestelle die Vorlage von Referenzen erbeten, deren Eigenschaften durch den Gegenstand der ausgelobten Dienstleistung - Planung Freianlagen §§ 38–40 i. V. mit Anlage 11 HOAI, Planung Verkehrsanlagen §§ 45–48 i. V. mit Anlage 13 HOAI, Elektroplanung §§ 53 - 56 i. V. m. Anlage 15 HOAI - gerechtfertigt sind. Die vom Bewerber dazu vorzulegenden Referenzen müssen die nachfolgenden Referenzeigenschaften besitzen:
Referenzeigenschaften: Grundlegende Referenzeigenschaften: 1. Anrechenbare Kosten: mindestens 800.000,00 € (KG 500 / KG 300) 2. Techn. Anforderungen (Honorarzone): I - III 3. Erbrachte Grundleistungen nach §§ 38 - 40 HOAI: Lph. 2 - 8 - ggf. Besondere und/oder tiefere Referenzeigenschaften: 4. Erbrachte Besondere Leistungen nach Anlage 11 HOAI: Mitwirken bei der öffentlichen Erschließung; Bestandsaufnahme und Vermessung 5. Tiefere Referenzeigenschaften: Besondere Art der Nutzung (Fahrradstellplätze; Freianlagen angrenzend an Bahngelände); Ergänzende Anforderungen (Barrierefreiheit und Inklusion; Pflegeleichtigkeit (robuste Pflanzen und Materialien)); Spezielle Anforderungen (Tropografie (Planung an Hanglagen); Mehrzwecknutzung (Kombination Parkanlage und Hochwasserschutz (Retention)) Dabei müssen die Referenzeigenschaften nach Ziff. 1. bis 3.

als Nachweis der Grundkompetenz des Bewerbers für die ausgelobte Dienstleistung in einer Referenz erfüllt werden. Die weiteren von der Vergabestelle erbetenen Referenzeigenschaften (Ziff. 4 und 5) können mit weiteren Referenzen erfüllt werden. - Der Bewerber beschreibt die angeführten Referenzprojekte anhand der Anforderungen der Anlage 11, zeigt seine Grundkompetenz hinsichtlich der vorliegenden Aufgabenstellung, der technischen Anforderungen und des ingenieurmäßigen Anspruchs auf und stellt seinen Leistungsbereich dar. Er beschreibt das Referenzprojekt, den fachlichen Leistungsumfang analog der Leistungsphasen nach den Grundleistungen der HOAI und eventueller erbetener Besonderer Leistungen und stellt die tiefergehenden Besonderheiten der Referenz –Dienstleistung dar. Der Nachweis der Referenzleistung ist durch eine Eigenerklärung zu erbringen. / Mit Abgabe des Teilnahmeantrags bestätigen die Bewerber/Bieter die Terminvorgabe und versichern, dass sie über ausreichende Leistungskapazitäten zur Einhaltung der Terminvorgabe verfügen. KW 18/19 2025 - Okt. 2025 Vorbereitung/ Durchführung VgV Verfahren Okt. 25 - Nov. 25 Umsetzung LP1 / LP2 Nov. 25 – Jan. 26 Umsetzung LP3 Feb. 26 – Apr. 26 Umsetzung LP4 Mai 26 – Aug.26 Umsetzung LP5 Okt.26 – Nov.26 Umsetzung LP6 Dez.26 - Febr.27 Umsetzung LP7 März 27 – Dez.27 Umsetzung LP8 Jan. 2028 Umsetzung LP9

Kriterium: Maßnahmen zur Sicherstellung der Qualität

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Sonstiges - ALLGEMEINGÜLTIGER HINWEIS zu den Eignungskriterien: - Sind die angegebenen Mindestanforderungen bei einem Kriterium nicht erfüllt, wird die Bewerbung nicht berücksichtigt. / Die mit dem Teilnahmeantrag vom Bewerber zu machenden Angaben zu den Kriterien werden zur Auswahl der zur Angebotsabgabe aufzufordernden Bewerber mit einer Punktesystematik bewertet. Der den einzelnen Kriterien zugehörige Bewertungsmaßstab zur Erfüllung der jeweiligen Anforderungen sowie die Wichtungen der einzelnen Kriterien sind in den Anlagen "A 1. Hinweise Bewerbungsverf.", "Teil B Wertungsmatrix 1" und "Teil B Wertungsmatrix 2" aufgeführt.

Informationen über die zweite Phase eines zweiphasigen Verfahrens:

Mindestzahl der zur zweiten Phase des Verfahrens einzuladenden Bewerber: 3

Der Erwerber behält sich das Recht vor, den Auftrag aufgrund der ursprünglichen Angebote ohne weitere Verhandlungen zu vergeben

5.1.11. Auftragsunterlagen

Sprachen, in denen die Auftragsunterlagen offiziell verfügbar sind: Deutsch

Internetadresse der Auftragsunterlagen: <https://www.evergabe-online.de/tenderdocuments.html?id=768452>

5.1.12. Bedingungen für die Auftragsvergabe

Verfahrensbedingungen:

Voraussichtliches Datum der Absendung der Aufforderungen zur Angebotseinreichung: 24/06 /2025

Bedingungen für die Einreichung:

Elektronische Einreichung: Erforderlich

Adresse für die Einreichung: <https://www.evergabe-online.de/tenderdetails.html?id=768452>

Sprachen, in denen Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können: Deutsch, Deutsch

Elektronischer Katalog: Nicht zulässig

Varianten: Nicht zulässig

Die Bieter können mehrere Angebote einreichen: Nicht zulässig

Frist für den Eingang der Teilnahmeanträge: 05/06/2025 10:00:00 (UTC+02:00)

Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Informationen, die nach Ablauf der Einreichungsfrist ergänzt werden können:

Nach Ermessen des Käufers können alle fehlenden Bieterunterlagen nach Fristablauf nachgereicht werden.

Zusätzliche Informationen: Nachforderung: Fehlende Unterlagen, deren Vorlage mit dem Teilnahmeantrag, gefordert war, werden gem. § 56 II S. 1, III und IV VgV nachgefordert.

Auftragsbedingungen:

Die Auftragsausführung muss im Rahmen von Programmen für geschützte

Beschäftigungsverhältnisse erfolgen: Nein

Elektronische Rechnungsstellung: Zulässig

Aufträge werden elektronisch erteilt: nein

Zahlungen werden elektronisch geleistet: nein

5.1.15. Techniken**Rahmenvereinbarung:**

Keine Rahmenvereinbarung

Informationen über das dynamische Beschaffungssystem:

Kein dynamisches Beschaffungssystem

Elektronische Auktion: nein

5.1.16. Weitere Informationen, Schlichtung und Nachprüfung

Überprüfungsstelle: Thüringer Landesverwaltungsamt Referat 250 (Vergabekammer)

Informationen über die Überprüfungsfristen: GILT FÜR TEILNAHMEWETTBEWERB:

Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung oder in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, sind bis spätestens zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber der dem Auftraggeber zu rügen. ---

Nachprüfungsmöglichkeit Es besteht die Möglichkeit einer Nachprüfung des

Vergabeverfahrens durch die Vergabekammer des Freistaats Thüringen beim Thüringer Landesverwaltungsamt. Beanstandungen der beabsichtigten Vergabeentscheidung sind -

elektronisch (in Textform) per Kommunikation über die Vergabepattform - an die

Vergabestelle Stadtverwaltung Neustadt an der Orla Zentrale Vergabestelle Markt 1 07806

Neustadt an der Orla zu richten. --- Im weiteren Verfahren nach § 14 Abs. 2 ThürVgG ist das

Thüringer Landesverwaltungsamt Referat 250 (Vergabekammer) Jorge-Semprún-Platz 4

99423 Weimar als Nachprüfungsbehörde zuständig. --- Die Kostenfolge aus dem

Nachprüfungsverfahren ergibt sich aus § 14 Abs. 5 ThürVgG. Es wird darauf hingewiesen,

dass für Amtshandlungen der Vergabekammer Kosten (Gebühren und Auslagen) zur Deckung des Verwaltungsaufwandes erhoben werden. ----- GILT FÜR

NACHFOLGENDES VERHANDLUNGSVERFAHREN: Nachprüfungsmöglichkeit Es besteht

die Möglichkeit einer Nachprüfung des Vergabeverfahrens durch die Vergabekammer des

Freistaats Thüringen beim Thüringer Landesverwaltungsamt. Beanstandungen der

beabsichtigten Vergabeentscheidung sind - elektronisch (in Textform) per Kommunikation

über die Vergabepattform - an die Vergabestelle Stadtverwaltung Neustadt an der Orla

Zentrale Vergabestelle Markt 1 07806 Neustadt an der Orla zu richten. --- Im weiteren

Verfahren nach § 14 Abs. 2 ThürVgG ist das Thüringer Landesverwaltungsamt Referat 250

(Vergabekammer) Jorge-Semprún-Platz 4 99423 Weimar als Nachprüfungsbehörde

zuständig. --- Die Kostenfolge aus dem Nachprüfungsverfahren ergibt sich aus § 14 Abs. 5

ThürVgG. Es wird darauf hingewiesen, dass für Amtshandlungen der Vergabekammer Kosten

(Gebühren und Auslagen) zur Deckung des Verwaltungsaufwandes erhoben werden. ---

Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung oder in den

Vergabeunterlagen erkennbar sind, sind bis spätestens zum Ablauf der Frist zur Bewerbung

oder zur Angebotsabgabe gegenüber der dem Auftraggeber zu rügen. --- Die Information des

Auftraggebers an die Bieter, dass deren Angebote nicht berücksichtigt werden sollen, erfolgt spätestens 15 Kalendertage vor der beabsichtigten Zuschlagserteilung. Die Frist beginnt am Tage nach der Absendung der Mitteilung durch die Vergabestelle. Auf den Tag des Zugangs der Information beim betroffenen Bieter oder Bewerber kommt es nicht an. - Wird die Information per Fax oder auf elektronischem Weg versendet, verkürzt sich die vorstehend genannte Frist auf 10 Kalendertage (§ 134 Abs. 2 GWB). - Der Bieter hat die Möglichkeit im Fall des Verstoßes gegen eine Vergabevorschrift, diesen binnen 10 Kalendertagen nach Zugang der Mitteilung über die Zuschlagserteilung gegenüber dem öffentlichen Auftraggeber zu rügen und Abhilfe zu verlangen. - Wird auf Rüge des Bieters seitens des öffentlichen Auftraggebers nicht abgeholfen, so hat der Bieter die Möglichkeit, binnen weiterer 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers über die Nichtabhilfe gem. § 160 GWB einen Antrag auf Nachprüfung bei der zuständigen Vergabekammer beim Thüringer Landesverwaltungsamt, Referat 250, Jorge-Semprún-Platz 4, 99423 Weimar zu stellen.
Organisation, die weitere Informationen für die Nachprüfungsverfahren bereitstellt:
Stadtverwaltung Neustadt an der Orla
Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt: Stadtverwaltung Neustadt an der Orla
Organisation, die Angebote bearbeitet: Stadtverwaltung Neustadt an der Orla

8. Organisationen

8.1. ORG-0001

Offizielle Bezeichnung: Stadtverwaltung Neustadt an der Orla
Registrierungsnummer: 16075073-0001-12
Postanschrift: Markt 1
Stadt: Neustadt an der Orla
Postleitzahl: 07806
Land, Gliederung (NUTS): Saale-Orla-Kreis (DEG0K)
Land: Deutschland
E-Mail: vergabestelle@neustadtanderorla.de
Telefon: 000
Fax: +49 36481 85123
Internetadresse: <https://www.neustadtanderorla.de>
Profil des Erwerbers: <https://www.evergabe-online.de>

Rollen dieser Organisation:

Beschaffer
Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt
Organisation, die Angebote bearbeitet
Organisation, die weitere Informationen für die Nachprüfungsverfahren bereitstellt

8.1. ORG-0002

Offizielle Bezeichnung: Thüringer Landesverwaltungsamt Referat 250 (Vergabekammer)
Registrierungsnummer: 16900334-0001-29
Postanschrift: Jorge-Semprún-Platz 4
Stadt: Weimar
Postleitzahl: 99423
Land, Gliederung (NUTS): Weimar, Kreisfreie Stadt (DEG05)
Land: Deutschland
E-Mail: vergabekammer@tlwa.thueringen.de
Telefon: +49 361 573321254
Fax: +49 361 573321059

Rollen dieser Organisation:

Überprüfungsstelle

8.1. ORG-0003

Offizielle Bezeichnung: Datenservice Öffentlicher Einkauf (in Verantwortung des Beschaffungsamts des BMI)

Registrierungsnummer: 0204:994-DOEVD-83

Stadt: Bonn

Postleitzahl: 53119

Land, Gliederung (NUTS): Bonn, Kreisfreie Stadt (DEA22)

Land: Deutschland

E-Mail: noreply.esender_hub@bescha.bund.de

Telefon: +49228996100

Rollen dieser Organisation:

TED eSender

Informationen zur Bekanntmachung

Kennung/Fassung der Bekanntmachung: 4f8b5c22-d386-4d62-880c-297f9b52a0a5 - 08

Formulartyp: Wettbewerb

Art der Bekanntmachung: Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung

Unterart der Bekanntmachung: 16

Datum der Übermittlung der Bekanntmachung: 29/04/2025 00:00:00 (UTC+02:00)

Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Sprachen, in denen diese Bekanntmachung offiziell verfügbar ist: Deutsch

Veröffentlichungsnummer der Bekanntmachung: 283460-2025

ABl. S – Nummer der Ausgabe: 85/2025

Datum der Veröffentlichung: 02/05/2025